

Entlastung der Region

- 1) Sieht Ihre Partei das Problem einer Überbelastung der Region Niederrhein durch den Kiesabbau und schwerwiegende Konflikte mit anderen Interessen?
Auf Grund der natürlichen Gegebenheiten ist der Potentialraum für den Kiesabbau im Ruhrgebiet besonders eng gesteckt. Im Verbandsgebiet des RVR sind nur am Niederrhein Kiesvorkommen. Dadurch ergeben sich erhöhte Konflikte mit anderen Raumnutzungen wie der Landwirtschaft oder Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten und letztendlich eine Überbelastung der Region Niederrhein.
- 2) Wie wollen Sie der Gefahr einer einseitigen naturräumlichen Überbelastung entgegenwirken? Wie können die Flächenausdehnungen begrenzt werden?
Die Flächenbedarfe für den Kiesabbau sind eng an die Flächenausweisungen gekoppelt. Hier ist der Landesgesetzgeber gefordert die Flächenausweisungen stärker zu reglementieren und die Bedarfe langfristig zu deckeln, senken oder komplett aus dem Kiesabbau auszusteigen.
- 3) Halten Sie daher eine planmäßige jährliche Reduzierung der Kiesabbau-Mengen (z.B. 5 %) für notwendig?
Für ein Ausstiegsszenario oder eine Reduzierung der Flächeninanspruchnahme auf ein verträgliches Maß ist eine kontinuierliche Verringerung der Abbaumenge um 5% jährlich notwendig.
- 4) Wollen Sie sich gegen die in der Landesplanung festgeschriebene Verlängerung der Versorgungszeiträume auf von 20 auf 25 Jahre einsetzen?
Auf Landesebene setzen sich die Grünen bereits länger für eine Reduzierung der im Landesentwicklungsplan festgesetzten Versorgungszeiträume von 25 auf 20 Jahren ein.
- 5) An welchen Zahlen soll sich die Bedarfsermittlung orientieren und wie wollen Sie sicherstellen, dass diese Zahlen aus neutraler Hand zur Verfügung stehen?
Derzeit ermittelt der Geologische Dienst NRW die Bedarfe anhand der Abbaumengen der letzten Jahre. Wir halten den Geologischen Dienst für die richtige Institution für die Bedarfsermittlung, jedoch müssen die Methoden transparent und nachvollziehbar sein. Die Kiesindustrie darf nicht ihre Bedarfe selbst festlegen, sondern der Geologische Dienst ist hier in der Pflicht durch Befliegungen die Abbaufäche und durch nähere Untersuchungen der Abbautiefe das Abbauvolumen festzustellen. Die gesetzlichen Grundlagen und Verwaltungsvorschriften auf Landesebene sind entsprechend zu ändern.
- 6) Halten Sie die Einbeziehung des Exports in die Mengenermittlung für richtig?
Für eine transparente Bedarfsberechnung ist der Export zwingend separat zu erfassen und die Mengenermittlung einzubeziehen.
- 7) Wie stehen Sie zur Einführung einer Kies-Abgabe? Welche Gründe sind für Sie ausschlaggebend?

Wir unterstützen eine zweckgebundene Abbauggebühr wie den Kies-Euro, um die Belastungen durch den Kiesabbau ausgleichen zu können und die Kiesunternehmen an den Folgekosten zu beteiligen. Auch sorgt eine Abbauggebühr für eine Kostentransparenz gegenüber anderen Rohstoffen wie Holz, wo im Preis die Wiederaufforstung und Waldpflege inbegriffen sind. Die weiteren Unterfragen sind aus Sicht der Grünen im Ruhrgebiet auf Landes- oder Bundesebene zu beantworten.

- a) Wie stellen Sie sicher, dass ein finanzieller Ausgleich für Folgenutzungen erfolgt?
 - b) Welchen Einfluss auf den Preismechanismus schlagen Sie vor, um alternative Verfahren gegenüber dem Einsatz von Primärrohstoffen wie Kies und Sand für die Wirtschaft und Behörden interessanter zu machen?
 - c) Welche Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung alternativer Baustoffe gehen Sie an?
- 8) Bisher wurden auf das jeweilige Abgrabungsgebiet begrenzte hydrogeologische Untersuchungen durchgeführt. Unterstützen Sie demgegenüber hydrogeologische Gutachten für größere Bereiche auch kreisübergreifend zur Klärung des komplexen Wasserhaushaltes am Niederrhein vor dem Hintergrund zunehmender Eingriffe durch den Kiesabbau und drohender Hochwassersituationen bei Starkregen? Für ein so großräumiges und ganzheitliches Thema wie dem Kiesabbau ist der Landesgesetzgeber gefordert entsprechend Teilpläne oder Masterpläne zu entwickeln und dort auch die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt intensiv einzubeziehen.

Besonders schützenswerte Zonen (Tabuzonen)

- 9) Unterstützen Sie Tabuzonen als Ziel der Landespolitik in folgenden Fällen:
Die Ausweisung von Flächen für den Kiesabbau (Bereiche für den Abbau oberflächennaher Bodenschätze) ist nach Auffassung der Grünen im Ruhrgebiet auf den aufgelisteten Flächen zu erschweren. Hier ist das Land NRW gefordert, die Schutzklasse dieser Flächen anzuheben.
- a) Wassereinzugs- und -reservegebiete?
 - b) Beziehen Sie dabei ausdrücklich Wasserschutzgebiete III B mit ein?
 - c) Gebiete zum Schutz von Natur und Landschaft, FFH- und EU-Vogelschutzgebiete?
 - d) Ackerflächen mit einer natürlichen Bodengüte von mehr als 80 Punkten?
 - e) kulturhistorisch wertvolle Landschaften?

Risiko minimierende Maßnahmen und Wiederherstellung

- 10) Wie stellen Sie sich beim Verlust landwirtschaftlicher Flächen die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ohne eine Steigerung der Importe vor, die mit zusätzlichen Umweltbelastungen und zusätzlichen Abhängigkeiten verbunden wären? Der unwiederbringliche Verlust der landwirtschaftlichen Nutzflächen durch den Kiesabbau wird selten thematisiert, da es sich nur um Freiraum im Sinne der Regionalplanung handelt. Hier ist ein Umdenken erforderlich um auch die Bedeutung der Landwirtschaftsflächen in den Fokus zu rücken.
- 11) Wie wollen Sie die Standards einer qualitativ hochwertigen nachhaltigen Wiederherstellung/Rekultivierung sicherstellen und wer soll sie bezahlen und kontrollieren?
Für die Folgekosten des Kiesabbaus und die Wiedernutzbarmachung der Flächen müssen die abbauenden Kiesunternehmen verpflichtet werden. Der sogenannte Kies-Euro ist hierfür ein sinnvoller Finanzierungsmechanismus.

Alternativen zum Kiesabbau

- 12) Welche Alternativen bei der Substitution der Primärrohstoffe und Änderung der Bauverfahren werden Sie fördern, um eine Reduzierung der benötigten Kies- und Sandmengen zu erreichen?
Diese Regelungen sind auf Bundes- und Landesebene zu ändern. Die Grünen im Ruhrgebiet unterstützen aber die Initiative zum nachhaltigen Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen.
- 13) Unterstützen Sie den bevorzugten Einsatz von Recyclingmaterial? Wie wollen Sie im öffentlichen Bereich eine Erhöhung dieses Einsatzes fördern?
Siehe Frage 12
- 14) Welche Ansätze verfolgen Sie, um die Genehmigungsverfahren im Bereich Baustoffrecycling zu vereinfachen und zu beschleunigen?
Siehe Frage 12